

Welt Trends

— Zeitschrift für internationale Politik —

Polen regiert Europa



Ziele der Ratspräsidentschaft
Osten als Herausforderung
Bilanz seit Beitritt
Polens Außenpolitik nach 1989
Präsidentschaften im Vergleich

WeltBlick

Panarabische Revolution
Israel und Menschenrechte

Japan im Super-GAU

Lehre von Fukushima
Medien und Missverständnisse

Bücher & Tagungen

„Das Amt“ und seine Kritiker
Replik von Moshe Zimmermann

Inhalt

1

Editorial

4

WeltBlick

- 5 Revolution, was sonst?
Interview mit Hala Kindelberger
- 10 Israel und die Menschenrechte
Annette Groth und Tanja Tabbara
- 16 Instabiles Papua-Neuguinea
Andreas Holtz
- 22 Erdgas ist unverzichtbar!
Jens D. Müller



28

Zwischenruf von Attila Kiraly

30

Thema: Polen regiert Europa

- 33 Prioritäten der Ratspräsidentschaft
Radoslaw Grodzki
- 41 EU-Ostpartnerschaft
Bogdan Koszel
- 49 Kein verflixtes siebtes Jahr
Janusz Ruszkowski
- 57 Eigenständig und selbstbewusst
Jürgen van Zwoll
- 65 Polen ergreift Initiative
Interview mit Jacub Wiśniewski
- 70 Ambitionierte Pläne – harte Realität
Erfahrungen aus Ratspräsidentschaften – Eine Gesprächsrunde
- 83 **Statistik:** Die EU-Ratspräsidentschaft





Japan im Super-GAU **84**

Die Lehre von Fukushima
Lutz Mez **85**

Kernenergie in Japan
Thomas Feldhoff **88**

Medien und Missverständnisse
Parissa Haghirian **92**

Historie: Deutsch-japanische Beziehungen
Enrico Seewald **95**

Porträt: G. Stibi – DDR-Diplomat aus Schwaben
Joachim Krüger **98**

LipGlosse: Willkommen und Abschied **100**



Bücher und Tagungen **102**

„Das Amt“ und seine Kritiker in Deutschland
Replik von Moshe Zimmermann **103**

Wiedergelesen: Muammar al-Gaddafi
Das Grüne Buch **110**

Rezensionen **112**

Annotationen **124**

Neuerscheinungen **126**

Konferenzen **128**

Briefe an die Redaktion **137**

Impressum **141**

Neues deutsches Gedenken?
Kommentar von Andrzej Sakson **142**

Wort und Strich **144**

Ambitionierte Pläne – harte Realität

Die neuen EU-Mitglieder und die Ratspräsidentschaft

EU, Mittel- und Osteuropa, Deutschland

Die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft ist eine besondere Herausforderung für die Mitgliedsländer der Union – nicht zuletzt für jene, die ihr erst seit wenigen Jahren angehören. Über Erfahrungen Sloweniens, Ungarns und Deutschlands mit der Präsidentschaftsrolle und den Erwartungen Polens an die eigene Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011 diskutierten im März 2011 an einem virtuellen runden Tisch Dr. Vladimír Handl (Institut für Internationale Beziehungen Prag), Prof. Zlatko Šabič (Universität Ljubljana), Prof. Attila Ágh (Corvinus-Universität Budapest), Dr. Kai-Olaf Lang (Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin) sowie Prof. Dr. Ireneusz Paweł Karolewski und Monika Sus (Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław). Die Fragen stellte der stellvertretende Chefredakteur von *WeltTrends*, Prof. Jochen Franke.

WeltTrends: Welche Schwerpunkte prägten den Vorsitz Ihres Landes im Rat der EU? Was waren die größte Herausforderung und das größte Problem?

Zlatko Šabič: Slowenien war der erste neue Mitgliedstaat nach der EU-Osterweiterung 2004, der die Ratspräsidentschaft übernahm. Prioritäten waren das rechtzeitige Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages, der Beginn der dritten Runde der Lissabon-Strategie, die Fortsetzung der Verhandlungen zum Energie- und Klimapakets, die europäische Perspektive für den Westbalkan und der interkulturelle Dialog. Die Umsetzung dessen war – vielleicht außer der letzten Aufgabe – eine echte Herausforderung. Jede von ihnen erforderte volle Konzentration.

Vladimír Handl: Die Prioritäten der tschechischen Ratspräsidentschaft waren: Ökonomie, Energie und Europa in der Welt. Sie wurden nur teilweise realisiert. Die Finanz- und Wirtschaftskrise verschärfte die bereits bestehenden ideologischen und politischen

Unterschiede in der EU. Der energetische Bereich wurde stärker auf Sicherheitsfragen konzentriert und weniger auf Klima oder erneuerbare Energien ausgerichtet. Wichtigster Erfolg war die Vermittlung in der Gaskrise zwischen Russland und Ukraine, der Energiegipfel in Prag im Mai 2009 und die partielle Wiederbelebung des *Nabucco-Pipeline*-Projekts. Im Bereich „Europa und die Welt“ gelang es Prag nicht, den EU-Beitritt Kroatiens zu beschleunigen. Die praktische und weniger politisierte Arbeitsagenda in Bereichen wie Justiz und Inneres konnte einigermmaßen gut umgesetzt werden.

Attila Ágh: Die Troika-Ratspräsidentschaft von Spanien, Belgien und Ungarn hatte sich für 2010 und das erste Halbjahr 2011 ursprünglich einige Prioritäten gesetzt. Dazu gehörte die Umsetzung des Lissabon-Vertrages mit der veränderten Rolle der Troika bzw. der rotierenden Präsidentschaft. Des Weiteren sollte die Strategie „Europe 2020“ mit neuen Ansätzen zur Energiesicherheit, zur Klimapolitik und zur Innovationsförderung ausgearbeitet werden. Zugleich sollte das Stockholmer Programm im Bereich „Justiz und Innenpolitik“ umgesetzt werden und mit den Vorbereitungen für den nächsten Finanzzeitraum und der Haushaltsreform im Geiste eines *Policy Driven Budget* begonnen werden. Die Verknüpfung der „Vorbeitrittsprozesse“ im westlichen Balkan mit der Donau-Strategie und der Östlichen Partnerschaft sollte einen weiteren Schwerpunkt bilden.



Attila Ágh

Ireneusz Pawel Karolewski: Die polnische Regierung hat folgende Prioritäten formuliert: Fortentwicklung des Binnenmarktes, Beziehungen zu den östlichen Nachbarn, Außenenergiepolitik, Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), Verhandlungen über den Finanzrahmen 2014 bis 2020 sowie Förderung des intellektuellen Kapitals. Polnische Experten halten diese Vielzahl von Zielen für ungünstig, da Warschau nicht imstande sein wird, alle gleichermaßen zu verwirklichen. Eine Konzentration auf wenige Punkte wäre sinnvoll. Einige Prioritäten, wie die Weiterentwicklung des Binnenmarktes, lassen sich ohnehin nur langfristig realisieren, wofür eine sechsmonatige Präsidentschaft einfach nicht ausreicht.

Kai-Olaf Lang: Die schon etwas länger zurückliegende deutsche Ratspräsidentschaft hatte ebenfalls ein breites Spektrum. Dazu gehörten die Stärkung des Binnenmarkts und die Umsetzung der Lissabon-Strategie sowie die Klima- und Energiepolitik, die während des erstens Teils der Präsidentschaft fast zum dominierenden Bereich avancierte. Hinzu kamen die europäische Ostpolitik einschließlich der Aufwertung der Europäischen Nachbarschaftspolitik und ihrer östlichen Komponente. Wichtige Dossiers in der europäischen Justiz- und Innenpolitik gehörten ebenfalls dazu. Die übergeordnete Herausforderung bestand aber darin, die festgefahrene institutionelle Reform nach der Zurückweisung des Verfassungsvertrags aufzubrechen. Berlin war daran gelegen, die hohen Erwartungen, die nicht zuletzt von außen kamen, zu dämpfen. Faktisch ergab sich ein ambitionierter Realismus, der mit der Ausnahmesituation um die primärrechtlichen Grundlagen der EU aktiv umging. Praktisch wurden alle klassischen Aufgaben einer Ratspräsidentschaft wahrgenommen, wobei Deutschland als Manager, Makler, Steuerer und Impulsgeber agierte.

WeltTrends: Die langfristige konzeptionelle Vorbereitung auf die Präsidentschaft ist die eine Seite, die Umsetzung der Prioritäten aber eine andere ...

Zlatko Šabič: Hier treten selbst bei einer nur sechsmonatigen Ratspräsidentschaft immer Überraschungen auf. Unerwartet lehnten die Iren am 13. Juni 2008 den Lissabon-Vertrag ab. Kurz vor Ende seiner Präsidentschaft war Slowenien gezwungen, sich damit auseinanderzusetzen und Szenarien für die Rettung des Vertrages zu entwickeln. Die Umsetzung der Lissabon-Strategie war wiederum innenpolitisch wichtig für Slowenien, denn alle nationalen Entwicklungspläne basieren auf dieser Strategie. Die Umsetzung der Priorität zum westlichen Balkan erwies sich ebenfalls als große Herausforderung. In jener Zeit stand die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo unmittelbar bevor. Die Serben standen nun vor der Wahl zwischen einer antieuropäisch-nationalistischen oder einer europäischen Perspektive. Schließlich hofften die benachbarten Staaten des westlichen Balkans auf reale Fortschritte auf ihrem Weg zur EU-Mitgliedschaft.

Vladimir Handl: Auch die tschechische Ratspräsidentschaft wurde mit einigen gravierenden Problemen konfrontiert.

Dies betraf vor allem die Gaskrise, den Gazakonflikt und die globale Finanzmarktkrise. Belastet wurde die Präsidentschaft auch durch die institutionelle Situation in der EU. Dazu gehörte die Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament, die Vorbereitungen für die neue EU-Kommission, die anhaltende Unklarheit über die Aufgaben der letzten „klassischen“ Ratspräsidentschaft in dem „Vor-Lissabon-Modus“. Eine Belastung stellte auch die a priori negative Wahrnehmung der Leistung der tschechischen Präsidentschaft dar, verbunden mit dem euroskeptischen Ruf von Präsident Klaus und der regierenden ODS. Die Regierung vermochte es weder zu Hause noch in der EU, ihr Engagement überzeugend zu präsentieren, da die ODS unter dem Druck der Euroskeptiker in den eigenen Reihen stand und eine positive Haltung gegenüber der EU erst sehr spät einnahm. Bis zu seinem Rücktritt am 26. März 2009 nahm Ministerpräsident Topolánek die EU-Ratspräsidentschaft wahr, bis zur Bildung der neuen Regierung setzte er dies kommissarisch fort. Am 8. Mai 2009 übernahm dann der neue Ministerpräsident Fischer, der einer Übergangsregierung mit parteilosen Experten vorstand, diese Aufgabe.



Weiterlesen:

J. Franke (Hrsg.),
Das moderne Polen
Potsdamer Textbücher 8

Attila Ágh: Auch Ungarn war schon vor dem Beginn seiner Ratspräsidentschaft gezwungen, die geplanten Prioritäten zu verändern, denn Ende 2009 kam es zu dramatischen Veränderungen. Das betraf nicht in erster Linie das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages und die neue Rolle des ständigen Präsidenten des Europäischen Rates. Dies war abzusehen. Die Bewältigung der Wirtschaftskrise wurde vielmehr über Nacht zur Priorität. Der Zusammenbruch der ursprünglichen Prioritäten und die Marginalisierung der Troika wurden auf dem informellen Gipfel zur Griechenlandkrise im Februar 2010 deutlich. Es wurde klar, dass das Management der Wirtschaftskrise nur auf der Ebene des Europäischen Rates gelöst werden kann, und der wurde von den großen Mächten – vor allem dem erneuerten französisch-deutschen Duo – beherrscht. Der neue ständige EU-Präsident Van Rompuy zeigte echte politische Führungskraft. Obwohl die fünf von Ungarn genannten Prioritäten seiner Präsidentschaft die ursprünglichen Ideen in hohem Maße widerspiegelten, erklärte der ungarische Ministerpräsident kürzlich, dass die realen Prioritäten der

Schutz des Euro und die Ausarbeitung von Regeln für eine „Wirtschaftsregierung“ seien. Eine weitere Priorität der ungarischen Präsidentschaft kann folgendermaßen beschrieben werden: *Enlarging Responsibly and Engaging Globally*. Die Union als starker *Global Player* hat mit dem Lissabon-Vertrag eine neue institutionelle Struktur geschaffen, um ihre Position gegenüber externen Partnern zu stärken. Vor allem die EU-Nachbarschaftspolitik hat dabei Bedeutung. Dieser Ansatz wird auch von der nachfolgenden polnisch-dänisch-zypriotischen Troika unterstützt.

Ireneusz Pawel Karolewski: Für die bevorstehende polnische Ratspräsidentschaft deutet sich an, dass ihre ambitionierten



Ireneusz Pawel
Karolewski

Ziele in Widerspruch zu den institutionellen Gewichtungen des Lissabon-Vertrages geraten. Demnach werden die außenpolitischen Ziele einer Ratspräsidentschaft vor allem vom ständigen Präsidenten des Europäischen Rates und der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik koordiniert. Daher ist kaum damit zu rechnen, dass Polen überhaupt außenpolitische Fragen auf die Agenda setzen kann. Hinzu kommt noch die Krise der Östlichen

Partnerschaft, vor allem angesichts der autoritären Tendenzen in der Ukraine und Belarus. Sie gilt seit 2008 als Vorzeigeprojekt Polens in der EU und wird während seiner Präsidentschaft sicherlich forciert werden.

WeltTrends: Wie erfolgte die Koordinierung der EU-Ratspräsidentschaft in Ihrem Land? Welche Akteure waren beteiligt? Wie effizient war diese Koordinierung? Welche Bedeutung hatten innenpolitische Gegebenheiten?

Zlatko Šabič: Die Aktivitäten der slowenischen Ratspräsidentschaft wurden durch den Ministerpräsidenten und das Regierungsbüro für Europäische Angelegenheiten koordiniert. Letzteres war für die technische und interministerielle Koordinierung, das Außenministerium hingegen für die vertikale Koordination mit Brüssel verantwortlich. Dies schloss die Anpassung der öffentlichen Verwaltung ein, einschließlich

der Qualifizierung der Mitarbeiter in EU-Fragen. Insgesamt wurde die slowenische Präsidentschaft von Beobachtern positiv bewertet. Dennoch zeigte sich, dass die innerministerielle Kooperation problematisch war und immer noch ist. Die Gelegenheit, die Staatsverwaltung im Zuge der Ratspräsidentschaft zu reformieren, wurde leider nicht genutzt. Die Mehrzahl der gut ausgebildeten jungen Personen, die ein beachtliches Wissen in den EU-Angelegenheiten und Sprachkenntnisse mitbrachten, wurde lediglich mit befristeten Verträgen während der Präsidentschaft eingestellt. Nur wenige Arbeitsverträge wurden danach verlängert.

Monika Sus: Die Vorbereitungen zum polnischen Vorsitz im EU-Rat verlaufen parallel in Warschau (in den Abteilungen für Europäische Politik und für die Koordination der Vorbereitungen der Polnischen Ratspräsidentschaft des Außenministeriums) und in Brüssel (in der Ständigen Vertretung Polens bei der EU). Zur Koordination wurde schon 2008 das „Amt des Regierungsbeauftragten zur Vorbereitung der Regierung und der Staatsverwaltung auf die Ratspräsidentschaft“ ins Leben gerufen. An dessen Spitze steht Staatsminister Dowgielewicz, ein fähiger „Eurokrat“. Er beschäftigt sich seit Jahren mit europäischer Politik und hat viel institutionelles Wissen. So war er im Europäischen Parlament tätig und leitete das einflussreiche Polnische Komitee zur Europäischen Integration. Premierminister Tusk hat ihn ins Boot geholt. Auf Dowgielewicz lastet nun die primäre Verantwortung für die Ratspräsidentschaft. Dadurch soll der Premierminister vor Pannen in der Ratspräsidentschaft politisch geschützt werden. Darüber hinaus wurde ein „Dienst der Präsidentschaft“ mit rund 1.200 Mitarbeitern errichtet, der sich mit der Logistik und der Koordination der zahlreichen Treffen des Europäischen Rates während des Vorsitzes beschäftigen soll.



Monika Sus

Kai-Olaf Lang: Das traditionell mit dem Problem der Zersplitterung behaftete Koordinierungssystem der deutschen Europapolitik zeigte während der Präsidentschaft 2007 eine beachtliche Funktionalität. Diese basierte auf den Ressourcen

der deutschen Ministerialbürokratie und auf deren europapolitischem Erfahrungsschatz. Die Expertisen einzelner Ressorts kamen stark zum Tragen. Zwar blieb der im Auswärtigen Amt verortete Arbeitsstab „Deutsche Ratspräsidentschaft“ zentral im deutschen Handeln, doch prägten die Fachressorts die einzelnen Arbeitsfelder. Dementsprechend wurde die (natürlich für den Vorsitz personell verstärkte) deutsche Vertretung in Brüssel während der Präsidentschaft nicht übermäßig in die Geschäftsführung des Vorsitzes integriert. Spannungen innerhalb der Regierungskoalition blieben selten. Wo sie auftauchten, etwa bei der Frage des Kfz-Schadstoffausstoßes zwischen dem CSU-geführten Wirtschaftsministerium und dem SPD-geführten Umweltministerium, hatten sie keine paralysierenden Effekte. Bei alledem war eine herausgehobene Rolle des Kanzleramts sichtbar, die sich vor allem aus den Vermittlungsaufgaben im Zusammenhang mit der Ratifizierungskrise des Verfassungsvertrags ergab.

Vladimir Handl: Die wichtigste Koordinierungsstelle der Prager Präsidentschaft war das „Amt des Vizepremierministers für Europäische Angelegenheiten“, das bis Mai 2009 Alexander Vondra ausübte und danach als „einfacher“ Minister Štefan Füle. Die Errichtung dieses Amtes führte anfangs zu vielen Kompetenzstreitigkeiten, da wichtige Kompetenzen dem Auswärtigen Amt abgenommen wurden, ohne jedoch die EU-Abteilungen in das neue Amt zu überführen. Das Amt des Vizepremierministers schaffte sich eigene bürokratische Strukturen. Diese Probleme konnten aber im Verlaufe der Präsidentschaft gelöst werden. Das Außenministerium blieb verantwortlich für die Fragen der Auswärtigen Beziehungen der EU und für den *General Affairs and External Relations Council*. Am wichtigsten war für die Durchführung der Ratspräsidentschaft – was sich vor allem mit dem Sturz der Regierung bestätigte – die zunehmende *Institutional Capacity* der mittleren Ebene des bürokratischen Apparats sowie der Ständigen Vertretung in Brüssel. Die zentralen Regierungsinstitutionen stellten 340 und die Ständige Vertretung und andere Botschaften 100 zusätzliche Mitarbeiter für die Vorbereitung und Durchführung der Ratspräsidentschaft ein. Während die politische Elite weitgehend enttäuschend wirkte, wurde die Effizienz des bürokratischen Apparats

positiv bewertet. Problematisch war, dass im Land ein europapolitischer Konsens fehlte. Der Präsident selbst unterstützte die Ratspräsidentschaft nur lauwarm und bezweifelte ihre Bedeutung. Schließlich widersetzte er sich der Ratifizierung des Lissabon-Vertrages. Im Parlament erreichte die ODS keine Duldungsvereinbarung mit der oppositionellen Tschechischen Sozialdemokratie, was zum Sturz der Regierung am 24. März 2009 – mitten in der Präsidentschaft – führte.

WeltTrends: Welche Erfahrungen wurden im Zusammenwirken mit anderen EU-Gremien – insbesondere der Europäischen Kommission, dem Europäischen Rat und der Troika – gesammelt? Wie gestaltete sich die Abstimmung mit anderen Mitgliedstaaten?

Vladimir Handl: Die Zusammenarbeit mit der Kommission, dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament war aktiv und technisch problemlos. Bei einzelnen Themen konnten wir allerdings nicht so eng mit der Kommission zusammenarbeiten. Die tschechische Regierung war zurückhaltend, wenn es um Krisenbekämpfung ging. So war es vor allem die Kommission, die solche Schritte vorantrieb. Auch das euroskeptische Image der ODS setzte die tschechische Ratspräsidentschaft im Europäischen Parlament unter Druck. Unterschiedliche Interessen und Präferenzen machten das Zusammenwirken der Troika schwierig. Die Franzosen wollten eine besondere Rolle spielen. Zugleich gab es große Übereinstimmungen zwischen Tschechien und Schweden (und eine Distanz zu Frankreich), so bei der Östlichen Partnerschaft oder den Beziehungen zu Russland. Aus der Troika wurde ein kooperatives tschechisch-schwedisches Tandem. Unter den anderen EU-Mitgliedsländern ragte Deutschland hervor. Die Unterstützung aus Berlin war von größter Bedeutung. Sie half der tschechischen Präsidentschaft vor und noch mehr nach dem Regierungssturz.

Attila Ágh: Die ursprünglich verabredeten gemeinsamen Prioritäten der Troika Spanien/Belgien/Ungarn wurden ausführlich diskutiert. Die Staatssekretäre für EU-Angelegenheiten treffen sich regelmäßig, es gibt einen starken Koordinationsmechanismus. Wie ich schon sagte, hatten die Troika-Länder ursprünglich die Idee einer ersten „echten Team-Präsidentschaft“. Aber

unter den veränderten Bedingungen konnte dies leider nicht wie geplant umgesetzt werden.

Zlatko Šabič: Die Kooperation Sloweniens mit den anderen Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen vor und während der Präsidentschaft war gut. Es traten keine größeren Probleme auf. Dazu trug sicher bei, dass Slowenien bereits 2005 gemeinsam mit den EU-Institutionen die Vorbereitung auf die Präsidentschaft begonnen hatte. Angesichts der begrenzten personellen Ressourcen und dem Fehlen jeglicher Erfahrungen wurde die Unterstützung durch die Kommission und anderer Unionsinstitutionen sehr geschätzt.



Zlatko Šabič

Kai-Olaf Lang: Das Zusammenwirken der deutschen Präsidentschaft mit der Kommission und dem Ratssekretariat wurde beiderseits als zufriedenstellend empfunden. Die Einbindung der Kommission blieb jedoch in zahlreichen Politikfeldern schwach. Prozedurale und planerische Überlegungen wurden häufig in den Ressorts des deutschen Vorsitzes entworfen und geprägt. Mit Blick auf die schwierige institutionelle Reform kam der Koordination und den Verhandlungen mit anderen Mitgliedstaaten entscheidende Bedeutung zu. Der Fahrplan zu einem neuen Vertragsfundament sollte über direkte Gespräche mit den Regierungszentralen in den Mitgliedstaaten erfolgen. Das dabei praktizierte Vorgehen einer verhandlungstechnischen Konzentration (mit sogenannten thematischen *Focal Points* und der Ernennung von zwei *Sherpas* aus jedem Mitgliedstaat) und der inhaltlichen Vertraulichkeit war zwar aufgrund von Legitimitätsfragen nicht unumstritten, erwies sich aber als Schlüssel beim Aufbrechen der verfahrenen Lage.

WeltTrends: Spielte der geografisch-politische Aspekt als neue ostmitteleuropäische EU-Mitgliedsländer eine Rolle? Welche Empfehlungen hätten Sie für künftige EU-Ratspräsidentschaften aus dieser Region?

Zlatko Šabič: Die Lage Sloweniens auf dem Westbalkan hat sowohl aus politischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen

eine wichtige Rolle während seiner Ratspräsidentschaft gespielt. Die Stabilität des Westbalkans ist für Slowenien von überragender Bedeutung. Daher wurden die zentralen Probleme in der Region in einer effektiven und, wie ich denke, fairen Weise angesprochen.

Vladimir Handl: Der geografische Faktor der tschechischen Ratspräsidentschaft zeigte sich in der Priorität, die Prag dem Projekt der Östlichen Partnerschaft und der Energiesicherheit gab. In beiden Fällen ging es um eine selbstbewusste Politik gegenüber Russland. Die engen bilateralen sowie regionalen Kontakte (vor allem innerhalb der Visegrád-Gruppe) ermöglichen es, dass die polnisch-schwedische Initiative der Östlichen Partnerschaft mit den tschechischen Vorschlägen koordiniert und während der Präsidentschaft beschlossen wurde.

WeltTrends: Welche Bilanz wurde in Ihrem Land nach dem Ende der EU-Ratspräsidentschaft gezogen? Welche Ideen und Vorschläge zur Europapolitik wurden diskutiert?

Kai-Olaf Lang: Die Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft fiel durchweg positiv aus. Vor allem die Überwindung der Ratifizierungskrise und das Engagement der Bundeskanzlerin wurden über alle Lagergrenzen anerkannt. Der Vorsitz wurde auch als Beleg dafür gewertet, dass die vielfach als zunehmend selbstbewusst wahrgenommene europäische „Zentralmacht“ weiterhin Grundtugenden ihrer traditionellen Europapolitik besitzt, indem sie sich etwa als großes Land bei der Verfolgung der eigenen Interessen während des Vorsitzes zurücknahm und die „Dienstleistungsfunktion“ für Europa in den Vordergrund stellte.



Kai-Olaf Lang

Zlatko Šabič: Innenpolitisch ist festzustellen, dass die Öffentlichkeit wie auch die politische Elite Sloweniens die Ratspräsidentschaft als positive Erfahrung betrachten. Jedoch wurde die Mitte-rechts-Regierung, die diese führte, vom Wähler bei den Parlamentswahlen 2008 nicht belohnt. Slowenien ist erneuter Beleg dafür, dass die Öffentlichkeit nach wie vor kaum einen Bezug zur Europapolitik hat. Die Energie, die in die

EU-Präsidentschaft gesteckt wird, kann negative Effekte für die innenpolitische Front haben. Brüssel ist weiterhin weit entfernt von den Wählern, die danach entscheiden, was die Regierung innenpolitisch leistet.



Weiterlesen:

Die „dritte Generation“:
Deutsch-polnische Beziehungen
WeltTrends Thesis 2

Attila Ágh: Die Hauptrichtung der künftigen Entwicklung der EU ist das „Globalisierung-Regionalisierung-Szenario“; es geht darum, dass Europa als kohärenter Akteur sowohl global als auch in seiner Region agiert. Die spanisch-belgische-ungarische Troika unterstützt beide Richtungen ebenso wie die nachfolgende polnisch-dänisch-zypriotische Troika. Jedoch sind strategische Partnerschaften heute eher die Aufgabe des Europäischen Rates und seines ständigen Präsidenten, während sich die Troika-Präsidentschaft mehr mit den Problemen in der EU-Nachbarschaft befassen sollte.

Vladimir Handl: Eine wirklich seriöse Auswertung der Ratspräsidentschaft blieb wegen des Regierungssturzes aus. Auch manches personale Potenzial ist deswegen verloren gegangen. Es ist offensichtlich, dass ein innenpolitischer „Burgfrieden“ und ein breiter Konsens für eine effektive Ratspräsidentschaft von entscheidender Bedeutung sind. Für uns war die intensive Abstimmung mit der Troika, den regionalen Partnern und vor allem mit Deutschland als dem europapolitischen Schlüsselakteur von großer Bedeutung. Die wachsende Rolle der großen Staaten ist künftig stärker zu beachten. Die Leitthemen der EU und die Agenda der Präsidentschaft sollten sich nicht allzu sehr unterscheiden. Sie müssen realistisch formuliert werden und eine breite Unterstützung im Land und in der EU bekommen.

Ireneusz Pawel Karolewski: Die Kooperation Polens mit anderen Mitgliedstaaten im Vorfeld der Präsidentschaft scheint intensiv zu verlaufen. Seit 2009 treffen sich polnische Vertreter regelmäßig mit Entscheidungsträgern aus jenen Ländern, die vor Kurzem den Ratsvorsitz wahrgenommen haben. Ziel ist es, aus deren Erfahrungen zu lernen und eventuelle gemeinsame politische Vorhaben zu besprechen. Mit Ungarn, von dem Polen den Vorsitz im Juli 2011 übernehmen wird, ist die Kooperation besonders eng, vor allem bei der Östlichen Partnerschaft, die für beide Länder prioritär ist.

Monika Sus: Darüber hinaus wird bereits seit 2008 eine trilaterale Zusammenarbeit im Rahmen der Troika-Präsidentschaft von Polen, Dänemark und Zypern angestrebt. Polen wird mit seinem Vorsitz mit deren Arbeit beginnen und im Januar 2012 den Staffelnstab an Dänemark weitergeben. Die Absprachen zwischen den drei Ländern verlaufen sowohl auf der Ebene der Außenminister als auch der anderen Minister und Staatsbehörden. Im Januar 2010 besuchten z. B. Premierminister Tusk und Außenminister Sikorski europäische Hauptstädte, um die Positionen zum EU-Budget für 2012 sowie für den Finanzrahmen 2014 bis 2020 auszuloten. Polen wird während seiner Ratspräsidentschaft die Verhandlungen über den neuen Finanzrahmen koordinieren, was sicher schwierig sein wird, da ja auch eigene finanzpolitische Interessen zu berücksichtigen sind.

WeltTrends: Wie schätzen Sie die Wirkungen des Lissabon-Vertrages, insbesondere die Schaffung des Amtes eines Präsidenten des Europäischen Rates, auf die EU-Ratspräsidentschaft ein?

Zlatko Šabić: Es scheint mir zu früh für eine solche Bewertung zu sein. Nach meinem Empfinden ist der Lissabon-Vertrag ein bedeutender Schritt vorwärts im Integrationsprozess, aber nur unter bestimmten Voraussetzungen. Er hat nicht genügend öffentliche Unterstützung. Aber ohne diese haben Institutionen Schwierigkeiten, normal zu funktionieren. Daher ist und bleibt es die Aufgabe, die EU näher an die Bürger zu bringen. Das ist die größte Herausforderung.

Monika Sus: Da der Lissabon-Vertrag die Bedeutung der rotierenden Ratspräsidentschaft stark reduzierte, wird sich Polen eher mit verwaltungstechnischen Fragen beschäftigen müssen, was bereits an der belgischen und der spanischen Präsidentschaft zu beobachten war. Vor allem wird die wenig politisierte belgische Präsidentschaft als Vorbild angesehen, da sie als „unsichtbar“ galt. Dennoch wird die polnische Regierung versuchen, die Präsidentschaft politisch zu instrumentalisieren, da im Oktober 2011 in Polen Parlamentswahlen stattfinden. Bereits heute ist ersichtlich, dass Polen in Bezug auf den EU-Haushalt, die Energiesicherheit, Umweltfragen

sowie die Östliche Partnerschaft mit den großen EU-Mitgliedern wie Deutschland oder Großbritannien nur wenige Gemeinsamkeiten findet.

Vladimir Handl: Bis jetzt erfüllen sowohl der ständige Präsident des Europäischen Rates Van Rompuy als auch die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik Ashton sorgfältig ihre eher bürokratischen Aufgaben und bauen die *Institutional Capacity* ihrer Ämter auf. Sie wirken kaum als Politiker, eher als Beamte. Die entscheidende Phase wird kommen, wenn diese Positionen mit profilierten politischen Persönlichkeiten besetzt werden. Da in Prag diesbezüglich kein Konsens besteht, wird die tschechische Reaktion dann sicher von der aktuellen innenpolitischen Lage abhängen.



Vladimir Handl

Kai-Olaf Lang: Der Lissabon-Vertrag hat die Tendenz zur Aufwertung der nationalen Regierungen gestärkt. Der ständige Präsident kann Kernprobleme der Integrationswirklichkeit möglicherweise unter Hintansetzung der Ratspräsidentschaft und nach intensiver Abstimmung mit Spitzenvertretern einiger Mitgliedstaaten thematisieren. In den ersten Jahren des Lissabon-Systems wurde diese Entwicklung durch die Finanz- und Eurozonenkrise noch verstärkt. Europäische Schwergewichte wie Deutschland oder Frankreich sind die vorrangigen Akteure. Ihnen gegenüber treten die rotierenden Ratspräsidentschaften in den Hintergrund. Insgesamt macht der Lissabon-Vertrag die Effizienz und „Durchschlagskraft“ der Ratspräsidentschaft deutlicher als früher von der Europafähigkeit der jeweiligen Vorsitzinhaber abhängig – von ihrer Professionalität, der Europatauglichkeit ihrer Administration, ihrer politischen Vernetztheit und den informellen Kontakten ihrer politischen Repräsentanten. 🌐

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bisher erschienene Themenhefte

- | | |
|--|--|
| 78 Polen regiert Europa | 39 Wohlfahrt und Demokratie |
| 77 Vom Fremden zum Bürger | 38 Politisierung von Ethnizität |
| 76 Herausforderung Eurasien | 37 Vergelten, vergeben oder vergessen? |
| 75 Exit Afghanistan | 36 Gender und IB |
| 74 Vergessene Konflikte | 35 Krieg im 21. Jahrhundert |
| 73 Klimapolitik nach Kopenhagen | 34 EU-Osterweiterung im Endspurt? |
| 72 Südafrika hebt ab! | 33 Entwicklungspolitik |
| 71 Selektive Grenzen | 32 Balkan – Pulverfaß oder ... ? |
| 70 Brodelnder Iran | 31 Recht in der Transformation |
| 69 Europäische Brüche 39 – 89 – 09 | 30 Fundamentalismus |
| 68 NATO in der Sinnkrise | 29 Die autoritäre Herausforderung |
| 67 Außenpolitik in Schwarz-Rot | 28 Deutsche Eliten und Außenpolitik |
| 66 Energiesicherheit Deutschlands | 27 10 Jahre Transformation in Polen |
| 65 Naher Osten – Ferner Frieden | 26 (Ab-)Rüstung 2000 |
| 64 Konfliktherd Kaukasus | 25 Dezentralisierung und Entwicklung |
| 63 Geopolitik Ost | 24 Wohlfahrtsstaaten im Vergleich |
| 62 Zerrissene Türkei | 23 Kooperation im Ostseeraum |
| 61 Soziale Bewegungen in Lateinamerika | 22 Die Ostgrenze der EU |
| 60 Russische Moderne | 21 Neue deutsche Außenpolitik? |
| 59 EU-Außenpolitik nach Lissabon | 20 Demokratie in China? |
| 58 Regionalmacht Iran | 19 Deutsche und Tschechen |
| 57 Ressource Wasser | 18 Technokratie |
| 56 Militärmacht Deutschland? | 17 Die Stadt als Raum und Akteur |
| 55 G8 Alternativ | 16 Naher Osten – Region im Wandel? |
| 54 Identität Europa | 15 Identitäten in Europa |
| 53 Rotes China Global | 14 Afrika – Jenseits des Staates |
| 52 Deutsche Ostpolitik | 13 Deutschland und Polen |
| 51 Geheime Dienste | 12 Globaler Kulturkampf? |
| 50 Kerniges Europa | 11 Europa der Regionen |
| 49 Militär in Lateinamerika | 10 NATO-Osterweiterung |
| 48 Internet Macht Politik | 9 Gewalt und Politik |
| 47 Europäische Arbeitspolitik | 8 Reform der UNO |
| 46 Globale Finanzmärkte | 7 Integration im Pazifik |
| 45 Von Dynastien und Demokratien | 6 Zerfall von Imperien |
| 44 Modernisierung und Islam | 5 Migration |
| 43 Großmächtiges Deutschland | 4 Geopolitik |
| 42 Europäische Außenpolitik | 3 Realer Post-Sozialismus |
| 41 Transatlantische Perspektiven II | 2 Chaos Europa |
| 40 Transatlantische Perspektiven | 1 Neue Weltordnung |

Bestellen Sie ...

... mit einer Mail an bestellung@welttrends.de

... auf www.amazon.de – Suchwort „Welttrends“

www.welttrends.de